

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badener Tagblatt. 1896-1948 1947

83 (17.10.1947)

BADENIER TAGBLATT

Zeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

NR. 83

A. B. C.

FREITAG, 17. OKTOBER 1947

B.-B. O.W. L.E.

PREIS 20 PFENNIG

Die Krise kann nicht übersehen werden

Marshall plädiert erneut für sofortige Europahilfe

BOSTON — Der amerikanische Staatssekretär Marshall ergriff vor 700 Delegierten des CIO, die zu ihrem Jahreskongress versammelt sind, das Wort und erklärte u. a., daß die wirtschaftliche Stabilität Europas für die politische Sicherheit dieses Erdteils unerlässlich sei und diese Stabilität eine außerordentliche Bedeutung für Amerika, für seinen Frieden und für seine Sicherheit besitze. Amerika laufe in Gefahr, die westliche Zivilisation, auf der die amerikanische Regierungsform und seine Lebensart basieren, verschwinden zu sehen.

Marshall betonte, die Vereinigten Staaten befänden sich zur Zeit inmitten einer periodischen allgemeinen Weltkrise, und es wäre Unsinn, wenn man glauben wollte, man könne sich aus dieser Krise heraushebeln oder sie ignorieren. Das Grundproblem, das sich heute stelle, bestehe einfach darin, zu wissen, ob es den Menschen frei überlassen bleibt, ihre soziale Existenz und ihr politisches und wirtschaftliches Dasein nach ihren eigenen Wünschen zu organisieren, oder ob sie dazu bestimmt seien, daß ihr Leben von kleinen Gruppen einzelner, die sich eine Schiedsrichterstellung anmaßen, organisiert und diktiert würde. Dieses Problem sei so alt wie die Welt selbst, in der heutigen Situation habe es jedoch Ausmaße angenommen, die gefährlicher seien, als je zuvor.

Der amerikanische Staatssekretär stellte fest, daß es dringend notwendig sei, sofortige vorübergehende und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, daß es in Europa zu einer fatalen Entwicklung auf politischem, wirtschaftlichem und psychologischem Gebiet komme, bevor der Kongress die Zeit habe, einen umfassenden Plan zu prüfen und zu billigen.

WASHINGTON — In einer Pressekonferenz erklärte der Unterstaatssekretär im amerikanischen Staatsdepartement, Robert Lovett, daß der Marshall-Plan in seinen allgemeinen Umrissen zusammen mit dem Plan für die europäische Soforthilfe am 10. November der außenpolitischen Kommission und der Kreditkommission vorgelegt würden.

95 Millionen Dollar für Frankreich

WASHINGTON — Ein Sprecher der Export-Importbank gab bekannt, daß Frankreich ein Betrag von 95 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt worden ist, der einen Teil des Saldos von 180 Millionen Dollar ausmacht, der Frankreich von den im Juli 1946 durch das Blum-Byrnes-Abkommen gewährten 650 Millionen Dollar noch zusteht. Die

95 Millionen Dollar können für den Ankauf von Produkten wie Kohle, Erdöl, Schmieröl, nicht-eisenhaltige Metalle und synthetischer Kautschuk in den Vereinigten Staaten verwendet werden.

Bidault weiterhin optimistisch

PARIS — Der Ministerrat befaßte sich mit dem Bericht des französischen Außenministers Bidault über seine Unterredung mit den amerikanischen Staatsmännern bezüglich einer Soforthilfe für Frankreich noch vor Verwirklichung des Marshall-Planes.

Wie der Sprecher der Regierung am Ende der Ministerratssitzung erklärte, ergibt sich aus den in den Vereinigten Staaten von Bidault geführten Unterredungen, daß die Lage sowohl in Bezug auf die von Frankreich beantragte vorübergehende Soforthilfe, wie auch auf die den 16 Nationen der Pariser

Konferenz von Amerika zugesicherte langfristige Unterstützung optimistisch beurteilt werden kann. Der französische Minister glaubt nach diesen Besprechungen, daß die französische Industrie spätestens bis Ende dieses Jahres die für sie unentbehrlichen Rohstoffe aus den Vereinigten Staaten erhalten wird. Bekanntlich soll sich der USA Kongress Ende dieses Jahres über die Durchführung des Marshallplanes äußern.

Amerikanische Besprechungen

WASHINGTON — Präsident Truman empfing im Weißen Haus die beiden amerikanischen Botschafter in Moskau und London, General Walter Bedell Smith und Lewis Douglas, sowie den amerikanischen Oberbefehlshaber in Deutschland, General Lucius Clay. Alle drei Persönlichkeiten befinden sich augenblicklich zu Besprechungen in den Vereinigten Staaten. An der Konferenz nahmen außerdem Unterstaatssekretär Robert Lovett und William Clayton, Schatzminister John Snyder, Landwirtschaftsminister Clinton Anderson sowie hohe Beamte der Import-Export-Bank und der Commodity Credit Corporation teil.

Parteigenosse Nr. 5 wegen Beleidigung verurteilt

Universitätsstudium, Staatsexamen für das höhere Lehrfach, Promotion zum Doktor der Naturwissenschaften, Aufenthalt im Ausland, Uraufführung eines dramatischen Werkes, Regisseur und Dramaturg des Berliner Schillertheaters, Verfasser bekannter Bücher, deren Auflage die Viertel-million erreichte — diese Lebensetappen beweisen, daß Artur Dinter zu den wirklich intelligenten Menschen gehört.

Auch Hitler hatte zweifellos Dinters „Sünde wider das Blut“ gelesen. Vielleicht haben ihm sogar Dinters Vorschläge, „rassische Verirrungen“ mit Zuchthaus zu bestrafen und dergleichen Anregungen mehr als Unterlagen für sein Programm gedient. Jedenfalls wurde Dinter angeblich nach ursprünglicher Ablehnung des Anerbietens Schickgrubers dessen Mitarbeiter, angeblich auch nach Diktat Parteigenosse Nr. 5 und schließlich Gauleiter von Thüringen. 1927 gründete Dinter seine „Volkskirche“. Hitler schlug einen anti-christlichen Kurs ein. Der thüringische Landesleiter legte sein Amt nieder und wurde 1928 aus der Partei ausgestoßen. Ob er späterhin verschiedentlich, versucht hat, wieder in die Partei aufgenommen zu werden oder nicht, ist nebensächlich. Jedenfalls behauptet Dinter, daß er glaube, das Recht zu haben, zu den Antifaschisten gezählt zu werden. Er behauptet, daß er es wirklich glaubt. Wir aber können mit Rücksicht auf den Grad seiner Intelligenz nicht glauben, daß er es wirklich glaubt, daß er es überhaupt glauben kann. Es wäre höchstens möglich, daß er sich das so oft selbst vorgeredet hat, daß er es nach Art der psychopathischen Lügner nun tatsächlich selber glaubt.

Wenn das indessen nicht zutrifft, kann sein Entschluß, gegen die Beschlagnahme seines Landhauses durch die russische Besatzungsmacht zu protestieren, auf nichts anderes als eine nicht geringe Portion Unverfrorenheit zurückgeführt werden. Es wäre wohl klüger und anständiger gewesen, hätte er dazu geschwiegen, hätte er in stiller Zurückgezogenheit lebend alles verniedert, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Das er liegt Dinter nicht. Er tut sich noch heute etwas darauf zu gut, daß 1942 vor dem Freiburger Sondergericht ein Verfahren gegen ihn schwebte, daß er also schon damals gegen den Nationalsozialismus Stellung nahm. Er vergißt dabei allerdings, daß um jene Zeit schon viele aus der Reihe der braunen Kolonnen ausschwenkten und eine mehr oder minder faden-scheinige Rückversicherung abschlossen, nicht etwa auf Grund eines Gesinnungswandels, sondern kraft ihrer Intelligenz, mit der sie die Dinge so kommen sahen, wie sie kommen mußten. Gehört Artur Dinter nicht auch zu dieser Kategorie?

Fortsetzung Seite 2

Neue Streikwelle in Frankreich

Ramadier bezeichnet die Arbeitsniederlegungen als politische Demagogie

PARIS — Die französische Hauptstadt stand wieder einmal im Zeichen eines Verkehrsstreiks. Untergrundbahn- und Autobuslinien hatten ihren Betrieb eingestellt. Bei der Riesenausdehnung von Paris war die Lahmlegung der wichtigsten Verkehrsmittel eine enorme Beeinträchtigung für alle Zweige des privaten und öffentlichen Lebens.

Seit Mittwoch ist der Streik der Pariser Metro beilege und damit der Verkehr wieder in Gang gekommen.

Die Regierung sieht in dem Verkehrsstreik das demagogische, rein politischen Zwecken dienende Werk einer Minderheit. In der amtlichen Erklärung wird darauf hingewiesen, daß der Generalstreik im Pariser Verkehrswesen nur von 5000 Personen, und zwar mit erhobener Hand, beschlossen wurde, während der effektive Bestand des Personals ca 30 000 betrage.

In einem an die Streikenden gerichteten Aufruf bezeichnet Ministerpräsident Ramadier die von den Gewerkschaften fünf Tage vor den Gemeindevahlen getroffenen Entscheidung als ein „politisches Manöver“. Wenn die Regierung solchen Manövern nachgeben wolle, würde sie dem Regime einen fatalen Schlag versetzen. Der Ministerpräsident forderte alle Republikaner auf, die Republik zu verteidigen und zu zeigen, daß das heutige Regime in der Lage sei, die republikanischen Freiheiten gegen alle Angriffe zu schützen.

PARIS — Auch die Pariser Taxischaffere haben für den 16. Oktober einen 24-stündigen Demonstrations-Streik angekündigt. Sie protestieren gegen die unlängst erfolgte Kürzung der Benzinsteuern. Von besonders einschneidender Bedeutung ist der ebenfalls für den 16. Oktober angekündigte Streik in der französischen Handelsmarine, die den gesamten Ein- und Ausfuhrhandel lahmzulegen droht. In der Pariser Metallindustrie ist gleichfalls eine Streikbewegung im Gange. In den Renault-Werken haben 18 000 Arbeiter in zwei Ateliers den Betrieb eingestellt. Auch die Arbeiter der Gas- und Elektrizitäts-Werke haben sich mit neuen Lohnforderungen an die Regierung gewandt.

In den Verlautbarungen der Regierung, wie in denen der Gewerkschaften kommt der politische Charakter der derzeitigen sozialen Agitation in Frankreich klar zum Ausdruck. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß die Kommunisten es auf eine Kraftprobe mit der Regierung abgesehen haben. Der „Figaro“ schreibt in seinem Leitartikel am 15. Oktober: „Es steht nunmehr fest, daß die Kommunisten wieder einmal die Unruhe, die Not und die Erbitterung, die sie selber hervorgerufen haben, für ihre Zwecke auszunutzen versuchen. Es ist immer die gleiche Taktik. Sie treiben selbst die Arbeiter mit immer neuen Lohnforderungen in den Streik. Und wenn dann die Regierung nachgibt, machen sie diese eben für die Preiserhöhungen und die fortschreitende Inflation verantwortlich.“

Differenzen in Wien

Oesterreich kämpft um die Anerkennung seiner Souveränität

WIEN — Am vergangenen Samstag beschlagnahmte die sowjetrussische Besatzungsbehörde in ihrer Zone Oesterreichs 2.800 Exemplare des amerikanischen „Wiener Kuriers“, der französischen „Welt am Abend“ und der britischen „Weltwoche“. Im Laufe des Montagvormittags wurden 6.000 der von der französischen Besatzung herausgegebenen „Welt am Montag“ von den sowjetrussischen Behörden beschlagnahmt. Die letztere Beschlagnahme wurde nach einiger Zeit wieder aufgehoben und die Zeitungen zum Verkauf freigegeben.

Innenminister Helmer unternahm bei den zuständigen sowjetrussischen Behörden Schritte gegen das Verbot der Verbreitung von Wiener Tageszeitungen in der russischen Zone sowie gegen die Aberufung der Polizeichefs von St. Pölten, Wiener-Neustadt und Baden bei Wien durch die russische Besatzungsmacht. Er erklärte, diese Maßnahme verletze grübelich die souveränen Rechte der österreichischen Bundesregierung, die ihr vom

alliierten Kontrollrats-Abkommen zugestanden wurden.

Die Bundesregierung beschloß, alle Maßnahmen zu treffen, um die Ausübung der im alliierten Kontrollrat festgelegten souveränen Rechte der Bundesregierung zu sichern. In einer offiziellen Stellungnahme der APA heißt es ergänzend: Nach dem österreichischen Gesetz könnten die von den sowjetrussischen Behörden bestellten Leiter der Polizei-Kommissariate St. Pölten und Wiener-Neustadt, sowie der Polizeidienstleiter von Baden bei Wien, wenn sie nicht rechtmäßig eingesetzt werden, keine Verfügung erlassen. Tun sie es dennoch, so sind sie nach österreichischer Auffassung unglültig, weil für diese Beamten kein Bestellungsdekret einer österreichischen Behörde ausgegeben wurde. Die Bundesregierung hat Schritte unternommen, den Rechtszustand wieder herzustellen, der dem Kontrollratsabkommen entspricht.

Schumacher sprach in den USA

SAN FRANZISKO — Der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, sprach auf einer Tagung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes A.F.L. Schumacher ist damit der erste führende deutsche Politiker, der seit Kriegsende in den Vereinigten Staaten sprach. Schumacher lobte den Marshall-Plan und erklärte, er bringe neue Hoffnung in eine Atmosphäre gefährlicher Resignation und fortlaufenden wirtschaftlichen Zerfalls. Dieser Plan, so sagte er, habe neuen Lebenswillen ausgelöst und das Vertrauen wieder hergestellt. Schumacher betonte, die Bedrohung durch den Kommunismus mit seinen enormen finanziellen Hilfsmitteln und seinen vielen Agenten und Funktionären müsse mit weitaus größerer Energie als je zuvor abgewehrt werden.

Eröffnung des saarländischen Landtags

Wiederaufbau des Saargebiets mit Frankreichs Hilfe

SAARBRÜCKEN — In der ersten Sitzung des saarländischen Landtags wurde der Vorsitzende der CVP (christliche Volkspartei), der größte Partei des Saarlandes, Johannes Hoffmann, zum ersten Präsidenten gewählt und Peter Zimmer von der sozialistischen Partei zum Vizepräsidenten bestellt.

Am 10. Oktober trat der saarländische Landtag zu seiner feierlichen Eröffnungssitzung zusammen. Gouverneur Grandval und General de Lásus waren als Vertreter der Militärregierung anwesend. Der Präsident des Rats der französischen Republik sowie der Präsident der französischen Kammer sandten zu den Feierlichkeiten Begrüßungstelegramme.

Gouverneur Grandval führte in einer Ansprache aus, daß nach der Annahme der Verfassung und der Bildung einer eigenen Regierung eine bedeutende Umstellung der Kontrollorgane stattfinden wird mit dem Ziele, den Saarländern auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens die Verantwortung zu übertragen. Gefühlsmäßig habe die Besetzung schon längst zu bestehen aufgehört. Sie müsse jetzt auch auf materiellem Gebiet beendet und das Zusammenleben auf der Basis einer festen, dauernden und freundschaftlichen Vereinigung aufgebaut werden. Jedenfalls, so sagte der Gouverneur, könne er versichern, daß die französische Verwaltung, getreu den seit sieben Monaten befolgten Richtlinien, nur von dem einen Gedanken beseelt sei, innerhalb des von dem wirtschaftlichen Anschluß der Saar an Frankreich bedingten Rahmens an dem Wiederaufbau des Saargebietes mitzuhelfen und ihn zu einem guten Abschluß zu führen.

Clayton zurückgetreten

WASHINGTON — Der stellvertretende amerikanische Wirtschaftsminister Clayton hat seinen Rücktritt eingereicht. Aus dem Weißen Haus wird das sofortige Ausscheiden Claytons aus dem Amt mit dem schlechten Gesundheitszustand seiner Gattin begründet.

Clayton hatte im Verlauf seines langen Aufenthaltes in Europa und bei seinen Reisen zwischen Genf, London und Paris eine außerordentliche Erfahrung gesammelt und sich eine eingehende Kenntnis der wirtschaftlichen Probleme Europas erworben. Bei den internationalen Debatten, die im Zusammenhang mit dem amerikanischen Hilfsplan für Europa in Gang gekommen sind, trat er wiederholt als Anwalt der europäischen Sache auf. Ein Teil der amerikanischen Presse hatte ihn deswegen sogar heftig angegriffen.

Da Clayton in Washington weiterhin als Schutzpatron des abgeänderten Berichtes der Iser-Konferenz auftrat, wird vermutet, daß die wahren Gründe für seinen Rücktritt in der Tatsache zu suchen sind, daß Washington zur Zeit erwägt, den Pariser Bericht erneut überprüfen zu lassen.

Eisenhower als Präsidentschaftskandidat

LONDON — Wie der Kosmos-Presdienst meldet, hat sich General Eisenhower zur Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen bereit erklärt. In der Aufstellung General Eisenhowers erblickt „Manchester Guardian“ das Vorspiel einer radikalen Änderung in der amerikanischen Politik. Das Blatt glaubt, daß Eisenhower gewählt werden könnte. Befremdlich erscheine, daß ein so politisches Land wie die Vereinigten Staaten die Möglichkeit ins Auge fasse, einen Berufsoffizier zum Präsidenten zu wählen, obwohl dieser niemals politische Reden hielt und keine öffentliche Stellung einnahm.

Eisenhower wird ein ernsthafter Kandidat sein. Er genießt ungeheures Ansehen. Bei den Gewerkschaften ist er populär, und die reichen Gesellschaftsklassen setzen Vertrauen in ihn. Durch seinen Bruder, der an der Spitze des Landwirtschaftsinstituts von Kansas steht, lernte er landwirtschaftliche Fragen kennen. Das Blatt schließt, es werde schwer sein, Eisenhower zu schlagen.

Zwei Blocks in Italien

ROM — Als endgültiges Ergebnis der römischen Kommunalwahlen wurden folgende Zahlen bekanntgegeben: Volksblock (Kommunisten, sozial. Mehrheitspartei, Arbeitsdemokraten, „Aktionisten“): 208.566 Stimmen, Christliche Demokraten 204.297 Stimmen, Uomo Qualunquo 63.472 Stimmen, Monarchisten 32.961 Stimmen, sozialistische Minderheitspartei 24.967 Stimmen, italienisch-sozialistische Bewegung 24.620 Stimmen, Liberale 11.683 Stimmen.

Die Ergebnisse der in Rom abgehaltenen Kommunalwahlen finden in der römischen Presse große Aufmerksamkeit. Die Zeitungen heben den höheren Prozentsatz der abgegebenen Stimmen im Vergleich zu den Wahlen im November 1946 hervor und das beachtliche Ansteigen der Stimmen für die christlich-demokratische Partei und die Aufrechterhaltung der Stellung des Volksblocks.

Deutsche Zeitungen ins Ausland

HAMBURG — Der Export deutscher Zeitungen und Zeitschriften ins Ausland wurde jetzt wieder aufgenommen. Die Ausfuhr beschränkt sich, wie von der „Internationalen Presseausstauschgesellschaft“ auf einer Pressekonferenz mitgeteilt wurde, vorerst nur auf England. Die ersten deutschen Zeitungen und Zeitschriften sind vor zehn Tagen nach England geliefert worden. Verhandlungen mit der Schweiz und Italien wurden bereits aufgenommen. Es wird erwartet, daß auch Verhandlungen mit Polen und Jugoslawien bald zu einem günstigen Abschluß gelangen.

Eine nochmalige Ueberarbeitung

PARIS — Washingtoner Meldungen besagen, daß die amerikanische Regierung an die Wiedereinberufung der Sechzehnerkonferenz denke, die in Paris Vorschläge wegen Durchführung des Marshallplanes ausgearbeitet hatte. Die amerikanische Regierung hält Änderungen für notwendig, bevor die Pariser Vorschläge dem Kongress unterbreitet werden könnten. Mit dem britischen Delegierten, Sir Oliver Franks, und anderen Mitgliedern der Pariser Konferenz, die sich zur Zeit in Washington aufhalten, fanden über diese Angelegenheit bereits Besprechungen statt. In erster Linie wünscht die amerikanische Regierung, daß die Lebensmittel-erzeugung eine wesentliche Steigerung erfahre. Insbesondere sollen die Anbauflächen für Getreide beträchtlich vermehrt werden, was durch Ankaufe von künstlichen Düngemitteln geschehen könnte. Gegen die Wiedereinberufung der Pariser Konferenz macht sich aber bereits Widerstand von britischer, schwedischer und schweizerischer Seite geltend. Schweden und Schweiz wenden sich auch gegen die Einsetzung einer ständigen europäischen Wirtschaftsmission, weil sie nicht wünschen, daß diese die Wirtschaft der beiden Länder kontrolliere.

(Fortsetzung von Seite 1)

Er tut sich aber auch etwas darauf zu gut, daß er noch heute zu seiner Idee, zu dem steht, was er geschrieben hat. Er vertritt also noch immer die These, die der Alkoholiker Robert Ley einmal ordnete, daß der Unterschied zwischen einem Neger und einem „nordischen“ Menschen größer sei als der Unterschied zwischen einem Neger und einem Affen. Er vertritt immer noch die These, daß die Verbindung eines „arischen“ mit einem semitischen Gatten strafwürdig, eine „Sünde wider das Blut“ darstelle. Er will aber ganz und gar nichts davon wissen, daß die Verbreitung solcher Maximen in so tendenziöser Form, wie es in seinen Romanen geschah, ein recht erhebliches Maß von Schuld für all das, was geschehen ist, in sich schließt.

Dieser Prototyp des „Herrenmenschen“ glaubte sich darüber empören zu müssen, daß sein Protest gegen die Beschlagnahme seines Landhauses von einer demokratischen Zeitschrift der „DND im Bilde“, gebührend apostrophiert wurde. DND schrieb damals: „Jetzt weiß er wahrscheinlich nicht, wo und wie er seine Feiertage verbringen soll, wir schlagen vor: Er möge über die „Sünde wider das Volk“ nachdenken, die er begangen hat. Und dies vielleicht inmitten der Trümmer, die er und seinesgleichen verursacht haben. Schippend.“ Dinter bezeichnete diese Notiz in einem Brief an die Redaktion als „niederträchtig“ und verlangte nach der alten Devise aller Reaktionen: „Freiheit steht“ eine Berichtigung.

Kurz darauf traf bei der Redaktion der DND eine anonyme Postkarte ein, auf der die Redakteure der demokratischen Presse als „Konjunkturritter, traurige Zeiterscheinungen, Volksvergifter“ usw. bezeichnet wurden. Artur Dinter leugnet die Urheberschaft dieser Karte, sie konnte ihm auch nicht nachgewiesen werden, obwohl nach dem Gutachten eines Sachverständigen die höchste Wahrscheinlichkeit dafür besteht, daß sie auf der Schreibmaschine Dinters geschrieben wurde. Der große Unbekannte hatte nach der Aussage Frau Dinters ausgerechnet damals die Maschine für kurze Zeit ausbezogen! So konnte der Oberstaatsanwalt in der achtstündigen Verhandlung der Beleidigungsklage der DND-Redaktion vor dem Obergericht Landgericht nur für die in dem Briefe enthaltene Beleidigung Sühne verlangen. Mit Recht betonte Dr. Nägele, daß bei einem Mann wie Dinter, der Haß ins Volk gesät habe, der heute noch die Stirne habe, vor Gericht zu erklären, daß er zu seiner Idee stehe (die zur Marterung und Ermordung Abertausender von Menschen beitrug) durch eine Geldbuße der Strafzweck nicht erreicht werden könne. Er beantragte deshalb eine Strafe von 3 Monaten Gefängnis. Mit Nachdruck erklärte der Oberstaatsanwalt, daß dieser Prozeß für uns alle ein Prüfstein sei, daß es darum gehe, die Demokratie zu schützen.

Obwohl das Gericht in seiner Urteilsbegründung selbst feststellte, daß Dinter durch die Verbreitung seiner Lehre den Frieden im Volk gestört und vor allem die Jugend im schlechten Sinne beeinflusst habe, glaubte es eine Geldstrafe von 1000 Mark als „ausreichend ansehnlich zu müssen. Wir aber sehen in einer so gelinden Strafe nicht den Schutz für die Demokratie, den wir verlangen müssen. Der Fall Dinter ergänzt die Ausführungen unseres heutigen Leitartikels. Er gibt den klaren Beweis dafür: Wir müssen nicht nur wachsam sein und die Grenzen der vertretbaren Toleranz erkennen. Die Legislative muß auch durch ein entsprechendes Gesetz der Justiz die Möglichkeit geben, durch strenge Bestrafung alle Umrtriebe der Gegner der Demokratie unschädlich zu machen.

Übrigens: Mit einem Wort hatte auch der Offizialverteidiger Artur Dinters Recht: der Parteigenosse Nr. 5 gehört, von dieser Beleidigungssache ganz abgesehen, seiner ganzen politischen Tätigkeit halber, vor die Spruchkammer und zwar schon längst. Hätte er dort schon erscheinen müssen, so hätte vielleicht auch die Intelligenz eines Dr. Artur Dinter zu der Einsicht ausgereicht, daß er wirklich keinen Grund und kein Recht hat, zu protestieren und zu beleidigen. —bk—

Autonome Föderalisten

SINGEN — In Singen trafen sich Delegierte der autonomen föderalistischen Bestrebungen aus den drei Westzonen. Es war das erste Mal, daß deutsche Föderalisten, die gleichzeitig entscheidende Verfechter der Autonomie ihrer Heimatländer sind, zusammenkamen.

Die autonomen Föderalisten lehnen die Rückkehr in einen nationaldeutschen Staatsverband einhellig ab. Sie wollen nach Erreichung der Eigenstaatlichkeit ein föderales Verhältnis zueinander schaffen, das in seiner Auswirkung bereits eine europäische Konföderation im kleinen darstellen soll. Die autonomen Föderalisten glauben an ihrem Programm in der Lage sein zu können, auf die Dauer die Isolierung zu beseitigen, in die sie der deutsche Nationalismus hineingepreßt hat.

TECHNIK UND WISSENSCHAFT

Fieber heilt Fieber

Neue ärztliche Methoden gegen Typhus und Tuberkulose

Der Düsseldorfer Pathologe Prof. Dr. Otto Koch beobachtete, daß bei Tuberkulose das Gleichgewicht zwischen gewissen Gewebshormonen und ihren Gegenspielern im Organismus gestört ist. Veränderungen von Bruchteilen von Milligrammen beim Zusammenwirken der Hormone können für den Körper die schwersten Folgen haben, denn die Hormone üben schon in winzigen Mengen ihren Einfluß aus. Sie sind Antreibstoffe für alle Lebensvorgänge, wenn man ihnen griechischen Namen wörtlich übersetzen will, winzige Fettsäuren, die Zellen und Organe zur Arbeit zwingen.

Die Hormone halten sich gegenseitig in Schach und sorgen dafür, daß keines die absolute Oberhand gewinnt. Einer dieser Wirkstoffe, der in allen Gewebszellen vertreten ist und lebenswichtige Funktionen erfüllt — nennen wir ihn in diesem Zusammenhang das Hormon X — hat neben anderen die Eigenschaft, Entzündungen zu fördern. So unentbehrlich er im Zusammenwirken mit den übrigen Hormonen ist — für sich allein ist er ein tödliches Gift. Ein anderes Hormon hat eigens die Aufgabe, Überschüsse an diesem gefährlichen Elixier zu vernichten. Im gesunden Körper verrichtet es seine Arbeit ohne Schwierigkeiten. Ist es aber nicht kräftig genug, das Hormon X in Schranken zu halten, dann kann es zu Entzündungen und

Infektionen kommen. Eine Tuberkulose entsteht dann leichter.

Professor Koch hält die Unterdrückung des die Tuberkulose fördernden Hormons für die Vorbedingung, die Krankheit zu heilen. Am besten wird das erreicht, wenn man den natürlichen Feind des Wirkstoffes X unterstützt. Bis jetzt ist keine Möglichkeit bekannt, den Körper zur Bildung des heilenden Hormons anzuregen. Chemikern ist es aber gelungen, es künstlich nachzubilden. Man kann das Präparat Tuberkulosekranken einspritzen, damit das Gleichgewicht im Hormonhaushalt wieder hergestellt wird. Die Entzündungen gehen dann zurück, und die natürlichen Abwehrkräfte des Körpers können die Tuberkelbazillen überwältigen und abkapseln.

In der Klinik für Innere Medizin in Düsseldorf werden fieberige Typhuskranken mit Fieber geheilt. Diese Therapie wird zum ersten Mal in großem Stil angewendet. Da die moderne Medizin erkannt hat, daß viele Arten von Krankheiten, darunter Rheumatismus, Rippenfellentzündung, Leberentzündung mit Gelbsucht und Blutveränderungen, in einem ursächlichen Zusammenhang stehen und von dem Gehirn gesteuert werden, versucht man jetzt, sie von der Wurzel her über das Nervensystem zu heilen. In Düsseldorf wurden von Dr. Schmengler, dem Oberarzt der Klinik, eindrucksvolle Erfolge mit dieser Behandlungsweise bei Typhus erzielt.

Die Typhusbehandlung, die der berühmte Berli-

Schlußplädoyer im Juristenprozeß

Nürnberger Prozesse sollen bis Sommer 1948 beendet sein

NÜRNBERG — Der amerikanische Anklagevertreter Charles M. Lafalette hielt in dem Prozeß gegen die angeklagten 14 Nazijuristen und Staatssekretäre sein Schlußplädoyer. In seinen Ausführungen behandelte er die Gesetze des Nazismus, die, wie er sagte, das eigentliche „corpus delicti“ des Prozesses darstellten. Lafalette erinnerte an den „Nacht- und Nebelerlaß“ Hitlers, an die „Volkschändungsverordnung“, sowie an die Gesetze über Verrat und Landesverrat, die entgegen allem Völkerrecht auch auf ausländische Staatsbürger, die zwangsweise in Deutschland arbeiteten, für angebliche Taten gegen die damalige deutsche Regierung ausgedehnt worden seien. Nachdem der Anklagevertreter auf die Verantwortung der einzelnen Angeklagten für das Zustandekommen und die Durchführung der nach internationalem Recht verbrecherischen Gesetze, des Nazismus eingegangen war, behandelte er die Rechtsprobleme des Prozesses. Er kam zu dem Schluß, daß jeder der Angeklagten, sei er Ankläger oder Richter im Volksgerichtshof, Richter eines Sondergerichts oder Richter im Kriminalsekretariat des Berufungsgerichtes gewesen, absichtlich im Amt blieb, und zwar mit dem vollen Bewußtsein von der Existenz eines Regierungsplanes, der sich Mord, Versklavung und andere Verbrechen zur Erreichung seiner nationalpolitischen Ziele bediente.

Auf Befehl Himmlers wurde, wie der amerikanische Anklagevertreter Dr. Edmund H. Schwenk im Prozeß gegen die 14 Angeklagten des Rasse- und Siedlungshauptamtes anhand von Dokumenten mitteilte, während des Krieges in München ein besonderes Standesamt eingerichtet, dessen Aufgabe die Fälschung von Geburtsurkunden der im Rahmen des „Germanisierungsprogramms“ nach Deutschland verschleppten Kinder war. Das ausländische Kind habe, so erklärte Dr. Schwenk, deutsche Geburtsurkunden erhalten, sodaß dadurch die Pflegeeltern,

die vom „Lebensborn“ bestimmt wurden, annehmen mußten, das Kind sei deutscher Herkunft.

Die Nürnberger Prozesse sollen voraussichtlich bis Sommer 1948 beendet sein. In nächster Zeit werden die Verfahren gegen den Krupp-Konzern, gegen die hauptverantwortlichen Generale und gegen ehemalige Nazigrößen aus der Wilhelmstraße eröffnet werden. Alle Personen, die beschuldigt sind, Kriegsverbrechen in Deutschland begangen zu haben, sollen nun nicht mehr vor ein amerikanisches Militärgericht in Nürnberg gestellt werden können, sondern deutschen Behörden übergeben werden.

Freifrau von Neurath als Zeugin

BT. RASTATT — „Ich muß Ihnen sagen, daß Sie als Deutsche in einer Zeit, in der Deutschland nicht mehr hoffen konnte, den Krieg zu gewinnen, mitgeholfen haben, die Zivilisation zu retten.“ Mit diesen Worten beendete der Vertreter der Staatsanwaltschaft beim Rastatter Prozeß am Mittwoch nachmittag die Vernehmung der Freifrau von Neurath, einer Schwägerin des in Nürnberg abgeurteilten ehemaligen Reichsministers, die teils durch direkte Hilfe, teils über den Lagerführer das Los der in Haftingen Inhaftierten zu erleichtern versucht hat. Unter größter persönlicher Gefahr hat sie ferner dem norwegischen Arzt Dr. Raulzen Briefe und einem französischen Priester, der in der Dienststation selbst als Zeuge aufgetreten war, Hostien und Wein geschickt und diesem so die Möglichkeit gegeben, im Lager insgeheim die Messe zu lesen. Das Tribunal Général war von der Aussage und der Persönlichkeit der Zeugin, die im übrigen einige Angeklagten bedeutsam entlastete, sichtlich beeindruckt. Präsident Lemerle faßte vor der Entlassung der Zeugin sein Urteil in die Worte zusammen: „Sie haben nach Ehre und Barmherzigkeit gehandelt und dafür bedankt sich das Gericht bei Ihnen.“

Begabung als Grundsatz der Auslese

Interzonale Studententagung fordert Reform der Universitäten

HANNOVER — Die Arbeitsausschüsse der Interzonalen Studententagung in Hannover haben Vorschläge zur Nachwuchslenkung, zur Koordinierung der Zulassungsbestimmungen und zur Durchführung der Hochschulprüfungen ausgearbeitet. Um der für alle Abitrierenden spürbaren Schwierigkeit, zum Hochschulstudium zugelassen zu werden, bis zu einem gewissen Grade abzuheben, wird eine weniger starre Handhabung des numerus clausus angeregt. Die Teilquoten der einzelnen Fakultäten sollen nicht von vornherein, sondern jeweils nach der Zahl der begabten Anwärter festgelegt werden. Die gegenwärtigen Prüfungsordnungen böten keine Garantie für eine strenge Auslese. Deshalb müsse ein strengerer Maßstab auf einer für alle Zonen gleichen Basis angelegt werden. In diesem Zusammenhang verwies man auch auf die Schulreformen der einzelnen Länder, die von der deutschen Jugend deshalb abgelehnt würden, weil man nicht für zonale pädagogische Experimente benutzt werden wolle. Es wurde daher der Wunsch geäußert, an allen Universitäten Arbeitsausschüsse zu bilden, die konkrete Pläne zur Durchführung einer Reform ausarbeiten sollten.

Die Arbeitsausschüsse setzten sich ferner für eine Wiedereinführung und den Ausbau der ehemaligen

„Studentenstiftung“ ein, die nicht nur aus staatlichen Mitteln, sondern auch durch öffentliche Körperschaften, wie Gewerkschaften und Schulen, sowie durch Eltern und andere interessierte Persönlichkeiten oder Kreise unterstützt werden soll. Die Schaffung einer Selbsthilfe der Studenten, Ausbau des Werkstudententums, Vermehrung der Assistentenstellen an den Hochschulen und Beteiligung der Studentenschaft am Verwaltungs- und Beratungsgeschäft der Universitäten wurden ebenso gefordert wie die Mitwirkung bei den Zulassungsausschüssen, die in Zukunft nur nach Begabung der Anwärter entscheiden sollen. Die an den deutschen Universitäten abgelegten Prüfungen möchten für alle Länder verbindlich sein.

Um eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Berufslenkung des akademischen Nachwuchses zu gewährleisten, schlug man eine enge Zusammenarbeit der Hochschulen mit den Gewerkschaften vor, der eine gründliche Berufsberatung vor dem Studium vorangehen soll. Auch sei es angebracht, zur Förderung der Beziehungen zwischen Studierenden und Berufstätigen an den Volksschulen Studenten als Lehrkräfte einzusetzen und andererseits Berufstätige unter Einschaltung der Gewerkschaften zum Universitätsstudium zuzulassen.

Kurze Nachrichten

BERLIN — Der brandenburgische Wirtschaftsminister hat die Herstellung von Bleifiguren als Spielzeug verboten, da er aus den üblichen Räuber- und Indianerspielen mit diesen Figuren schlechte Auswirkungen auf die Erziehung der Jugend befürchtet.

HAMBURG — 16 ehemalige deutsche Generale und zwei Admirale, darunter die Generale von Brauchitsch, List, Lohr, Ramke, Manteuffel, sind aus England kommend in Hamburg eingetroffen.

HANNOVER — Die britischen Behörden beschlossen, die kommunistische Zeitung „Niedersächsische Volksstimme“ zu verbieten, da diese sich geweigert hat, die Erlasse und amtlichen Mitteilungen der britischen Militärregierung zu veröffentlichen.

MÜNSTER — In Münster wurde der Präsident der Reichsbahnverwaltung, Dr. Steinhagen, zu Mk. 6.000.— und der Kohlen-Dezernent, Reichsbahnrat

Paul Tautha, zu Mk. 8.000.— Geldstrafe verurteilt, weil beide Dienstkohlen für eigenen Bedarf gegen Textilien eingetauscht hatten.

MÜNCHEN — Die von den bayerischen Landkreisen unter Aufsicht der örtlichen Militärregierungen von USA-Sachverständigen durchgeführten Kartoffelerndungen liegen 77 % über der Schätzung des statistischen bayerischen Landesamtes.

FRANKFURT — Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Otto Skorzeny, der am 9. September von einem amerikanischen Militärgericht in Dachau freigesprochen worden war, arbeitet in Oberursel für die historische Abteilung des amerikanischen Hauptquartiers.

KAIRO — Ägyptische Truppenverbände unter dem Befehl des Generalstabschefs, Armeegeneral Attala Pascha, haben den Suez-Kanal überquert, um in der Provinz Sinai stationiert zu werden.

Der Internist Gustav von Bergmann (jetzt München) noch im vorigen Jahr als „eine Leistung der Schwestern mit Hilfe des Arztes“ bezeichnete, kann heute auf dem Wege über das Hirn erfolgen. Der Arzt hat damit die erste Möglichkeit, aktiv in das Krankheitsgeschehen einzugreifen. Die fieberigen Kranken bekommen — ein Paradoxon der Heilkunst — fiebererzeugende Injektionen. Dadurch wird ein Schock im Hirn ausgelöst, der im allgemeinen die hohe Temperatur sofort herabdrückt. In ganz kurzer Zeit werden die Patienten fieberfrei und haben die Krise überstanden. In der Düsseldorfer Klinik starben 1945 von hundert Typhuskranken im Durchschnitt dreizehntausig, 1947, nachdem die neue Therapie eingeführt war, nur noch zwei bis drei. Dr. Herbert L. Schröder.

Ferngesehene Bilder im Kino

NEW YORK — Zwischen der Hollywooder Produktionsgesellschaft Warner Bros. und der RCA (Radio Corporation of America) Victor Division kam ein Vertrag zustande, der die praktische Auswertung der jüngsten auf dem Gebiete des Fernsehens gemachten Erfindungen zum Ziel hat. Damit werden in Zukunft die Brüder Warner in der Entwicklung des Fernsehens innerhalb der Filmindustrie eine ähnliche führende Rolle einnehmen, wie sie derzeit bei der Entwicklung des Tonfilms. Als Chef und Leiter des wissenschaftlichen Programms verpflichteten die Brüder Warner den Tonfilmpionier Oberst Nathan Levinson. Erst vor wenigen Wochen gelang ihm die Projektion einer Fernsehsendung auf eine normale Kinoleinwand. Bisher war dies nur auf Kleinbildschirmen möglich.

Völkerrecht und Verfassung

J.W. HEIDELBERG — Zu der dritten diesjährigen Arbeitstagung der „Heidelberger Aktionsgruppe“, die sich für fortschrittliches und völkerverbindendes Denken und Handeln einsetzt und die an der Lösung aktueller Probleme mithelfen will, waren Vertreter aus allen Zonen Deutschlands erschienen. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Frage der völkerrechtlichen Lage Deutschlands und die einer eventuellen deutschen Gesamtverfassung.

Dabei wurde festgestellt, daß auf Grund der Erklärungen von alliierter Seite Deutschland als staatliches Gebilde weiter bestehe und seine völkerrechtliche Rechtssubjektivität nicht verloren habe. Deutschland könne sich nach wie vor auf die Normen des kontraktuellen und gemeinen Völkerrechts berufen. Die Besatzungsmächte üben ihre Gewalt in Deutschland gemäß einer im Jahre 1945 erlassenen Deklaration aus, die das Völkerrecht respektiere. Handlungen, die über ein in dieser Erklärung enthaltenes Maß hinausgingen, seien nicht vom Völkerrecht getragen. Prof. Dr. Geiler, der frühere hessische Ministerpräsident forderte den Weiterbestand Deutschlands als Staatsgebilde, jedoch in einem Sinne, der die Ausprägung internationaler Probleme auf deutschem Boden unmöglich mache und den Krieg als Mittel der Politik ablehne. Staatsrat Prof. Dr. Carl Schmidt, Tübingen, legte ein eindringliches Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit ab. „Jede Maßnahme, die dazu bestimmt ist, das Führen von Kriegen vorzubereiten oder zu ermöglichen, soll für verfassungswidrig erklärt werden.“

In engem Zusammenhang mit der Stellung Deutschlands im Rahmen der Völker steht die evtl. deutsche Gesamtverfassung. Der Berliner Bürgermeister Dr. Friedensburg behandelte sehr eingehend dieses schwierige Problem. Der in der Weimarer Zeit durch die Praxis bestens geschulte Redner empfahl für die deutsche Verfassung eine Synthese aus Föderalismus und Zentralismus, in der die einzelnen Glieder, durch organisch gewachsene Selbstverwaltungen zusammengefügt sind, während auf ein Staatsoberhaupt im repräsentativen Sinn nicht verzichtet werden solle. Die Versammlung hielt es für richtig, daß in einer gesunden deutschen Demokratie ein unmittelbar vom Volk nach dem Prinzip der Mehrheitsentscheidung gewähltes deutsches Gesamtparlament mit legislativer Gewalt existieren müsse, dem eine deutsche Gesamtregierung verantwortlich sei. Prof. Alfred Weber kam bei der Untersuchung der Frage, warum die Demokratie bei vielen in Miskredit geraten sei, zu dem Schluß, dies liege vor allem an der autoritären Bürokratie, die keine Opposition dulde. Für die einzelnen Vertreter war es interessant, nach den theoretischen Erwägungen auch die praktische Seite des Fragenkomplexes bis zu einem gewissen Grade kennenzulernen.

Zu dem Thema Ruhrgebiet äußerte sich Dr. Friedensburg, der die Meinung vertrat, man dürfe die Sozialisierung nicht um der Sozialisierung willen, sondern nur im Interesse erhöhter Leistung und Produktion durchführen, hierzu wie folgt: „Wir sind uns darüber klar, daß gegen die Wiederholung einer deutschen Angriffspolitik eine volle Sicherung geboten werden muß.“ Es müsse eine Kontrolle geben, aber diese dürfe nicht zu einer Abkapselung des Ruhrgebietes führen. Allgemein war man sich darüber einig, daß bei internationaler Verwaltung deutsche Instanzen mitwirken sollten. Dr. Koch, der die Einzelheiten der hessischen Sozialisierung geschildert und den deutschen Arbeitern ein Anrecht auf Sozialisierung zuerkannt hatte, forderte für die Ruhr eine gemeinschaftliche Produktionsweise, um den Hochkapitalismus nicht wieder aufkommen zu lassen. Auch in der von rund 200 Vertretern aus allen vier Zonen abgehaltenen Schlußtagung wurde das Sozialisierungsproblem behandelt. Man einigte sich ferner, dieses Thema in Anbetracht seiner Wichtigkeit auf die Tagesordnung der im kommenden Frühjahr stattfindenden nächsten Tagung zu setzen.

„Eine neue „Arbeiterpartei“

STUTTGART — Als sechste Partei wurde die „Arbeiterpartei“ von der amerikanischen Militärregierung für Württemberg und Baden in Stuttgart zugelassen. Die Lizenz erhielt ein zwölfköpfiger Ausschuß, unter dem sich der Verlagsleiter der „Stuttgarter Zeitung“, Albert Schmidt, befindet. Die Ziele der Partei sind, wie Albert Schmidt erklärte, die Reorganisation der sozialistischen Arbeiterbewegung und die Durchführung eines konsequenten Sozialismus und Marxismus. Die Notwendigkeit zur Gründung der „Arbeiterpartei“ hätte sich aus dem Versagen der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei ergeben.

Von der Universität Freiburg

FREIBURG. — Die Würde eines Ehrendoktors verlieh die Philosophische Fakultät an Oberpoststr. a. D. Eduard Peters in Sigmaringen wegen seiner Verdienste um die Erforschung der deutschen Vorgeschichte. Peters hat die Höhlen der älteren und mittleren Steinzeit Südwestdeutschlands erforscht und durch die Entwicklung des Schlämmerverfahrens die Erfassung aus kleinster Splitter menschlicher, tierischer und pflanzlicher Reste ermöglicht. Er ist trotz seiner 78 Jahre auch jetzt noch in der Vorgeschichtsforschung tätig.

Das Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester ist nunmehr erschienen. Auch weiterhin bleibt der Donnerstag Nachmittag jeder Woche als „dies universitatis“ für Vorlesungsreihen für Hörer aller Fakultäten frei. Die fünf Fakultäten halten an diesem Tag folgende Vortragszyklen ab: „Christentum und Weltgestaltung“, „Macht und Ethos in Recht und Wirtschaft“, „Das große abendländische Drama“, „Von Wissen und Können der modernen Medizin“, „Grenzfragen der modernen Naturwissenschaft“.

Durch Verhandlungen zwischen dem Erzbischöflichen Stuhl und der französischen Militärregierung ist erreicht worden, daß für das theologische Studium das neu eingeführte Funktsystem außer Kraft gesetzt wird. Nunmehr ist die Zulassung von einer Begabtenprüfung abhängig.

Infolge der Verlängerung der 7. Ausstellung der Badischen Seession kann die Propädeutische Abteilung der Universität ihren Lehrbetrieb nicht wie angekündigt, sondern erst am 22. Oktober beginnen.

BADENER TAGBLATT

17. Oktober 1947

Es ist nicht wegzudisputieren: nicht wenige, die ohne Zweifel zu den Gegnern Hitlers gehörten, haben seiner Zeit die Gefährlichkeit der nazistischen Bewegung nicht erkannt oder unterschätzt und zu leicht genommen. Die Warner wurden von ihnen mit einer nachlässigen Handbewegung als Schwarzseher abgetan. Würden dann solche Mahner durch eine zum Teil schon damals der Reaktion willfährige Justiz in den Zellen der Gefängnisse oder gar durch die Kugel von Attentätern und Meuchelmördern zum Verstummen gebracht, so gab es wohl für den Augenblick aufregende Proteste und Resolutionen über das Fehlurteil oder sicherlich aus dem Herzen kommende Nachrufe mit dem Versprechen immerwährender Gedenkens, die notwendigen Konsequenzen aber wurden nicht gezogen. In Wirklichkeit geschah nichts, außer daß das sogenannte Republikenschutzgesetz in immer stärkerem Maße gegen die Republikaner und zu Gunsten von deren reaktionären Widersachern angewendet wurde. Man nahm die Opfer in Kauf und sah es als einzig richtige Linie einer „gesunden Realpolitik“ an, die nationalsozialistische Bewegung sich aus sich selbst „totlaufen“ zu lassen. Es gab leider eine ganze Reihe maßgeblicher Demokraten und Sozialisten, die nativ genug waren, fest daran zu glauben, daß ein „braunes Kabinett“ doch nach wenigen Wochen über den ersten besten Mißtrauensantrag stürzen würde. Wer gegen eine solche Ansicht sprach, wurde als politischer Dilettant geradezu verlacht. Als man endlich erkannte, wer die größere Weitsicht besaß, als man begreifen mußte, daß sich die verbrecherischen Usurpatoren einen Deut um Parlament und Verfassung scherten, war es zu spät. Das Unheil nahm seinen Lauf. Die aus der militärischen Erziehung erwachsene Unterwürfigkeit, die die Mehrheit des Volkes beherrschte, verhinderte jeglichen erfolgreichen Widerstand.

Diese laue Haltung der meisten maßgeblichen Politiker gegenüber den Anfängen des Nazismus wird heute von jedem Einsichtigen als Fehler, ja gewissermaßen als Schuld erkannt. Der Vorwurf, daß man die berechtigten Warnungen leichtfertig als gegenstandslos unbeachtet ließ, daß weder die politischen Morde noch die Fehlurteile in den politischen Prozessen Anlaß zum notwendigen Einschreiten gegen die Reaktionäre gaben, dieser Vorwurf ist ohne jede Frage begründet. Für uns ist heute dabei das Wesentlichere, daß wir die rechte Lehre aus dieser Erkenntnis ziehen, daß wir nicht eine gleiche Versäumnisschuld auf uns laden, daß wir nicht wie damals gegen die Gewaltpolitik und ihre Anhänger so lange und in solchem Umfange Duldung üben, bis sie, im Besitz der Macht gegen die Anhänger der Toleranz, nichts anderes als im schlimmsten Gegensatz dazu hemmungslos brutalen Terror anwenden.

Wer sich späterhin nicht wieder dem Vorwurf aussetzen will, der Reaktion ungewollt mit in den Sattel geholfen zu haben, muß sein Teil dazu beitragen, den Urtrieben der Gegner der Demokratie Einhalt zu gebieten; er muß mit seiner ganzen Energie dafür eintreten, daß die Regierungen, die Parlamente, die Gewerkschaften und Parteien alles tun, was sie zu tun vermögen, um jeden Versuch preußischen Junkertums, nazistischen Verbrecherunwesens und militärischen Imperialismus, ihre unheilvollen Ideen auf neue zur Geltung zu bringen, im ersten Aufkeimen zu ersticken. Daß Anlaß dazu besteht, daß die Reaktion in der ihr gemäßen dunkelsten Art an Werke ist, beweisen die Vorkommnisse, die tagtäglich im Kleinen wie im Großen, frech und offen aber auch insgeheim und hinterhältig aus allen Gegenden gemeldet werden. Heute besteht wirklich noch kein Grund zur Beunruhigung. Schuldhaftige Saumseligkeit kann ihn aber herbeiführen; und es wäre nicht zu verantworten, wollte man die Drachensaat erst sprießen und wachsen lassen, ehe man sie bekämpft.

Es geht nicht an, daß, wie es jüngst in München geschah, Flugblätter mit Beschimpfungen demokratischer Politiker und demokratischer Einrichtungen verteilt werden, ohne daß die dafür verantwortlichen Elemente festgestellt und zur Rechenschaft gezogen werden. Ein tätlicher Angriff auf einen öffentlichen Kläger der Spruchkammer, wie er dieser Tage aus Backnang gemeldet wurde, verlangt strengste Sühne. Wenn in Mühlhof am Inn der Vorsitzende der Spruchkammer in übelster Weise öffentlich beleidigt wurde, weil ein ehemaliger SS-Oberleutnant, der am Tod von wenigstens drei Antinazisten beteiligt war, in die Gruppe der Hauptschuldigen eingereiht wurde, so beweist dies, daß es an der Zeit ist, den Unbelehrbaren durch die Tat, nicht durch Worte allein zu zeigen, daß sie sich trügerischen Erwartungen hingeben, wenn sie glauben, „ihre“ Zeit würde über kurz oder lang doch wieder kommen. Wie ist es denkbar, daß der frühere „Reichsapothekenführer“ und SA-Gruppenführer als Minderbelasteter davon kommen soll?

Ein Brief aus Unzhurst, vom 3. September 1947

Einiges über den Tod des Irüeren Herrn Stadtpfarrers Gotthard Eklau

Es sind bereits 56 Jahre verflissen seit seinem Tode, aber er war mir noch so in Erinnerung als wärs erst gestern gewesen. Den sein Tod kam ja plötzlich mitten wie ein Dieb in der Nacht. Am Abend vor seinem Tode war er noch an unserer Haus vorbei gelaufen und hat noch Spass gemacht, wir haben dort gerade den Maurer am Dach gehabt, er hat ein Kamin gemacht und hat hinauf gerufen, nicht dass es umfällt, daß es im Senkel ist. Plötzlich mitten in der Nacht kam jemand in unser Haus gesprungen und sagt der Pfarrer ist am Sterben. Mein Vater war damals Messner, wir sind natürlich sogleich aufgestanden und hinüber ins Pfarrhaus. Schreiber dieser Zeilen war damals erst 22 Jahre alt, habe vorher noch niemand sehe eterbe. Als ich hinüber kam ins Pfarrhaus ligt er noch im Sterben. Sein Bruder Pfarrer Ehard Eklau knit vor dem Bett und betet die Sterbegebete. Es war eine Schreckensnacht, die ich in meinem ganzen Leben nicht vergesse. Seine Schwester die war ohndem Nervös, die war diese Nacht ganz auser sich, zur Beerdigung war Sie nicht gegangen wie Sie den Toten hinaus getrage habe ist Sie am Fenster gestanden und hat das Fenster hinausgeschlagen. Es kam mir immer wieder die Erinnerung an den Tod des Pfarrers Gotthard Eklau wenn ich zu meinem Küche Fenster hinaus schaue und das kaum 15 bis 20 Meter entfernte Sterbe-

Was sagt man dazu, wenn sich ein Verteidiger erfrecht, das Kontrollratsgesetz Nr. 10, das Mißhandlungen von Mitgliedern der Linksparteien unter Strafe stellt, als ein „Gesetz gegen das deutsche Volk“ bezeichnet, wenn der gleiche Anwalt die ehemaligen SA-Männer, die einen politischen Gegner schwer verletzt haben, mit den Worten zu verteidigen sucht: „Wenn ich an jenem Abend mit dabei gestanden hätte, ich hätte auch mitgehauen.“? Reden wir nicht von den Feiglingen, die im öffentlichen Leben stehende Männer durch anonyme Schreiben zu beleidigen oder einzuschüchtern versuchen, sprechen wir aber doch noch kurz von den hinterhältigen Burschen, die in der niederträchtigsten Weise politische Provokationen ins Werk setzen. In diese Kategorie gehören die Elemente, die beispielsweise der kommunistischen Partei Freiburg einen (sehr wahrscheinlich gefälschten) Brief der Firma Merck in Darmstadt zuschickten, in dem diese Firma die angebliche Bestellung der Partei auf 100 kg Pikrinsäure bestätigt. Welche verhängnisvollen Folgen sich unter Umständen aus einem

solchen „Sprengstoff“-Brief ergeben können, liegt auf der Hand, mag die Provokation auch noch so pumph erscheinen. Jedenfalls ist es dringend notwendig, daß allen diesen offenen und versteckten Angriffen auf die Demokratie und Republik mit aller Energie nachgegangen, die Machenschaften aufgeklärt und die Täter und ihre Hintermänner aufs strengste bestraft werden. Es wäre gut, wenn recht bald in einem Gesetz präzisiert würde, welche Strafen der zu erwarten hat, der sich gegen die Friedsamkeit im Innern und nach außen, der sich gegen die erstehende Demokratie, ihre Einrichtungen und ihre Männer vergeht.

Die selbstverständlich vordringlichste Aufgabe der Landesregierung und des Parlaments, für die Ernährung und sonstige Versorgung der Bevölkerung das Menschenmögliche zu tun, wird nicht behindert, sondern nur gefördert, wenn sie den Machenschaften der Reaktion die rechte und nötige Aufmerksamkeit schenken. Wir wollen uns nicht noch ein Mal eines Versäumnisses schuldig machen. K. H. Lembke

Tragödie Palästina

Die politischen Probleme unserer Zeit haben oft die merkwürdige Eigenschaft, sich gerade dann, wenn guter Wille sie einer Lösung zuzuführen sucht, ganz im Gegenteil ins Maßlose zu komplizieren. Indien war so ein weithin sichtbares Muster dieser Erscheinung, und Palästina droht nun ein weiteres Beispiel zu liefern. Die „militärischen Maßnahmen“ der Arabischen Liga, wenn sie auch vielleicht nicht ganz zu Unrecht als Bluff angesehen werden, geben einen Begriff davon. Eine Lösung des Problems auf der Basis der Föderation, wofür der Minderheitsbericht der Palästina-Kommission der UN plädierte, wird von beiden Parteien für unmöglich gehalten, während die Teilung nach dem Mehrheitsvorschlag wenigstens von der einen akzeptiert worden ist. Beiden Vorschlägen ist der Beweis gemeinsam, daß es keine Regelung gibt, die die Zustimmung sowohl der Araber wie der Juden finden könnte. Darin liegt die Tragödie der Situation mit allen ihren Schwierigkeiten, wie sie jetzt mit der Verschärfung des arabischen Widerstandes zu Tage treten.

Sucht man die Dinge objektiv zu ergründen, so verlangt die einfachste Menschlichkeit Verständnis für das jüdische Bedürfnis, in Palästina endlich eine Heimstatt zu finden. Die Juden können auch für sich geltend machen, daß sie sich schon allein durch die kulturelle und wirtschaftliche Hebung des Landes, die ohne ihre Leistungen im letzten Vierteljahrhundert überhaupt nicht denkbar gewesen wäre, Anspruch auf Wohnrecht erworben haben. Die Araber aber wehren sich leidenschaftlich gegen jede Konzession, und ihr Hauptargument ist die These von dem „Brückenkopf“, von dem aus das Judentum sie kraft seiner Vitalität und Intelligenz weiter zurückdrücken würde. Darin kommt nicht gerade ein übertriebenes Selbstvertrauen zum Ausdruck, aber dieses Argument erklärt nur einmal die absolute Verweigerung einer Kompromißlösung, die beiden Völkern ein freundliches und friedliches Nebeneinanderleben ermöglichen könnte.

Die zunehmende arabische Aktivität muß wohl so ausgelegt werden, daß diese Seite sich schon jetzt über die kommende Entscheidung klar ist oder doch zum mindesten befürchtet, daß sie gegen den eigenen Standpunkt ausfallen wird. Das ist

nicht einmal eine neue Erkenntnis, denn bereits im Juni vorigen Jahres hat der Rat der Arabischen Liga Sanktionen gegen eine Teilung erörtert. Damals glaubte man, mit den Ölkonzessionen ein starkes Druckmittel in der Hand zu haben. Als es nun ernst wurde, hat sich in den Zusammenkünften, die neuerdings am laufenden Band stattfinden, jedoch ergeben, daß diese Karte nicht sticht, weil Staaten wie Saudi-Arabien und der Irak auf die lebenswichtigen Einkünfte aus den Konzessionen angewiesen sind. Man würde also ein recht zweischneidiges Schwert ziehen, zumal die Erfahrungen Persiens zur Genüge gezeigt haben, mit welchem Risiko etwa eine Ersatzsuche bei Rußland verbunden sein würde. Andere wirtschaftliche Repressalien wie die Unterbrechung von Luftfahrplänen und der Boykott anglo-amerikanischer Waren würden auch nur die eigenen Interessen schädigen, denn die arabischen Staaten hätten sich damit automatisch aus dem Weltverkehr ausgeschaltet und im Zeitalter der Warenknappheit ins eigene Fleisch geschnitten. So wird es erklärlich, daß Azzam Pascha, der Generalsekretär und Führer der Arabischen Liga, von der Konferenz der Ministerpräsidenten bei Beirut berichtete, wirtschaftliche Maßnahmen seien „bisher“ nicht besprochen worden. Diese Trauben würden etwas zu sauer schmecken.

So paradox es klingen mag, ist doch die Folge, daß die Araber auf radikale Mittel verfallen. In den letzten Wochen war bereits von ihnen bezeugt worden, sie würden um Palästina kämpfen. Nun braucht man solche Wendungen der Propaganda im Allgemeinen nicht allzu wörtlich nehmen, und das schon gar nicht in der bilderreichen Sprache des Orients. Jedenfalls ziehen die Araber die letzten Register, um auf die Vereinten Nationen einen Druck auszuüben, deren Autorität und Ansehen auf engste mit der Lösung der Frage verknüpft ist. Es muß alles, was möglich ist, geschehen, daß es hier nicht zu einem ähnlichen Gemetzel kommt, wie man es in Indien erlebte, wenn Großbritannien über kurz oder lang die beabsichtigte Räumung Palästinas durchführt. Wie die Staatsmänner aus dem Dilemma herausfinden wollen — diese Frage harret erst noch der Antwort. Das Problem Palästina ist eine Tragödie, die vorläufig noch voller Rätsel steckt. D. T.

Kampf der Tuberkulose

Vom „Schweizer Aktionskomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose im Grenzland“ wurde am 10. Oktober zu einer Tagung auf die Heilstätte Schweigmatt bei Schopfheim eingeladen. Von Schweizer Seite waren der Leiter des „Don Suisse“ (Schweizer Spende) in Deutschland, Ernst, der Präsident des Aktionskomitees für die Tuberkulosebekämpfung, Schneider-Liebermann, Prof. Henschen und Dr. Good, sowie Nationalrat Herzog zugegen. Von der badischen Regierung Staatspräsident Wohleb, Innenminister Schully und Obermedizinalrat Dr. Pitsch. An der Spitze der Abordnung der Militärregierung stand General Dr. Koulan von der Santé publique.

Die Tuberkulose hat während und nach dem Krieg in fast allen Ländern Europas in erschreckendem Maße zugenommen und greift auch in Südbaden, obwohl hier keine Industriezentren bestehen, mehr und mehr um sich. Sie droht letzten Endes nicht nur zu einer Gefahr für die ganze deutsche Bevölkerung, sondern auch für die Besatzungstruppen und die angrenzenden Landstriche, also für das Elsaß und die Schweiz zu werden.

Nachdem die Heilstätte Nordrach, Friedrichsheim und Luisenheim, die am besten eingerichteten badischen Lungensanatorien, bis zum Frühjahr

dieses Jahres für die Unterbringung kranker Kinder aus Frankreich geräumt werden mußten, standen für deutsche Zwecke nur noch zerstreute Unterbringungsmöglichkeiten mit kleiner Bettenzahl zur Verfügung, wodurch die schon bis dahin schwierige Bekämpfung der Tb noch mehr erschwert wurde. In den im Laufe dieses Jahres eingerichteten Heimen fehlte es an allem. Das der Landes-Versicherungsanstalt gehörende frühere Erholungheim Schweigmatt z. B. mußte bis vor kurzem ohne das wichtigste Hilfsmittel der Tuberkulose-Erkennung: den Röntgenapparat auskommen. Mangelhaft ist zudem seit Kriegsende die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln, ohne die eine sonst noch so gut fundierte Kur illusorisch ist.

Von der andern Seite des Rheins beobachtete die Schweiz diese und auch noch andere Schwierigkeiten, mit denen die verantwortlichen deutschen Stellen zu kämpfen hatten. Die immer wieder bewährte Verbundenheit mit dem badischen Oberland veranlaßte tatkräftige Männer im Rahmen der Schweizer Spende zur Gründung eines Hilfskomitees, das inzwischen seit einem Jahr viele wertvolle Hilfe geleistet hat und jetzt bis zu seinem ersten Ziele durchgedrungen ist:

Der Tb-Bekämpfungsplan, der in gemeinsamer

Der Kopf der Woche

Amin Al Hussein

Das von einem dunklen Vollbart umrahmte Gesicht und die kleine Körpergestalt verraten wenig von der ungeheuren Tatkraft des Großmuftis, die dieser allen Arabern wohlbekannten Persönlichkeit innewohnt. Das geheimnisvolle Dunkel, das sich um seine Person webt, macht ihn nur noch interessanter. So undurchdringlich auch sein Innerstes sein mag, eines liegt klar zu Tage: Zu jeder Zeit hat der unentwegte Kämpfer für die Freiheit und Unabhängigkeit der arabischen Völker seine ganze Person restlos in den Dienst dieser Aufgabe gestellt. Kein Unternehmen erschien ihm dabei zu schwierig, keine Gefahr zu groß.

Mohammed Amin Al Hussein wurde 1895 in Palästina geboren. Er entstammt als Nachkomme des Propheten einer der vornehmsten arabischen Familien. In Ägypten erzogen, studierte er in Kairo und diente während des ersten Weltkrieges als Artillerieoffizier in der türkischen Armee. Seine eigentliche politische Tätigkeit begann nach dem Kriege. Wohl ließ er sich von der neuen englischen Mandatsverwaltung in Jerusalem anstellen, organisierte jedoch insgeheim den Widerstand der Araber gegen die englische Palästina-Politik. Was nun folgt, ist eine ununterbrochene Kette gegen Englands Bevormundung gerichteter Unternehmen. Der blutige Araberaufstand des Jahres 1919, der ihm 10 Jahre Zuchthaus einbrachte, die antienglische Propaganda der folgenden Zeit, seine verstärkte Agitation während des zweiten Weltkrieges, die ihn nach dem mißglückten Aufstand im Irak 1941 zwang, in einem italienischen Bombenflugzeug zu fliehen und ihn durch Albanien und Italien schließlich nach Berlin trieb, wo er beim „Reichsrundfunk“ im Auslandsdienst propagandistisch weiterwirkte, sein Ausweichen nach Frankreich und schließlich seine mysteriöse Flucht in einem amerikanischen Verkehrsflugzeug aus Paris bilden die sichtbaren Glieder dieser Kette.

Es scheint, als ob mit dem Auftauchen des Großmuftis in Kairo, wo ihn König Faruks schützende Hand deckt, ein neuer Abschnitt in seinem Leben und Arbeiten angebrochen ist. Wohl ist der rastlose Wanderer immer noch oft unterwegs, aber sein Ziel, die Abschüttelung der britischen Herrschaft in Palästina zu erzwingen, rückt durch den englischen Verzicht auf das Palästina-Mandat nun in greifbare Nähe. Einem Korrespondenten der „Daily Mail“ erklärte der Großmufti kürzlich, die Entscheidung der britischen Regierung, ihre Verwaltung und ihre Truppen aus Palästina zurückzuziehen, sei weise und befriedigend. Bei einer Anspielung auf die Bildung einer arabischen Armee durch die arabische Liga, die aus Truppenteilen von sieben Nationen zusammengesetzt ist, um gegen eine mögliche Teilung Palästinas durch die UNO zu kämpfen, betonte er, daß „alle arabischen Nationen mit vollem Vertrauen diese schwere Entscheidung gebilligt haben.“ — Hadschi Hussein weiß sich dem Ziel nahe.

Arbeit der schweizer und deutschen Stellen ausgearbeitet wurde — besonderer Dank gebührt hierbei Herrn Ludin — und der auch die Genehmigung und Unterstützung der Militärregierung findet, ermöglicht es zunächst, alle offenen Tb-Fälle aus der Bevölkerung herauszuziehen. An einigen Orten war es bisher nicht möglich gewesen, den an aktiver Tb Leidenden auch nur einige Zimmer zur Verfügung zu stellen.

Die von den Gesundheitsämtern Zugewiesenen kommen von jetzt an zuerst nach dem mit schweizer Hilfe eingerichteten Heim in Sankt Blasien, wo sie „sortiert“ werden. Durch die Unterstützung der Militärregierung wird es ermöglicht, alle Fälle, die eines chirurgischen Eingriffs bedürfen ohne besondere Paß-Schwierigkeiten in das Baseler Bürgerhospital zu überführen. Dort werden die Patienten in jeder Hinsicht reichlich versorgt. Sie erhalten sogar ein kleines Taschengeld in schweizer Währung. Wenn sie sich genügend erholt haben, werden sie in die Heilstätte Schweigmatt weitergeleitet, die mit einer Ernährung von 3000 Kalorien täglich — 30 vH stellt die Schweiz — die Gewähr dafür bietet, daß die Genesenden in nicht allzulanger Zeit ihre Gesundheit zurückzuerlangen. F.

Deutsche Journalisten in der Schweiz

KONSTANZ — Anlaßlich der Eröffnung der sogenannten „Olma“, einer Schweizer Messe für Land- und Milchwirtschaft in St. Gallen, trafen sich auf Einladung des ostschweizerischen Presseverbandes Pressevertreter aus dem deutschen und österreichischen Bodenseegebiet. Es war dies die erste offizielle Fühlungnahme zwischen den Presseverbänden der Schweiz, Voralbergs und der südfrenzösichen Zone.

zimmer sehe. Nach dem Tode Eklau sind das die Geschwister nach Ottersweier gezogen und ruhen auch schon lange am Gottesacker in Ottersweier. Franz Zuber

Leineweber

Der alte Büschelherm fing an bunten Vögeln, was er noch auf die Rute bringen konnte; zwei Dompfaffen, einen Stieglitz, einen Zeisig und als Kuriosum einen flügelahmen Star, den ein ungnädiges Geschick aus dem großen, geheimnisvollen Strom gerissen hatte. Büschelherm hatte nun wieder seinen vollen Herbst. Der kleine eiserne Ofen war nun wieder zu seinem Rechte gekommen, Großmutter saß auf einer Hutsche und stopfte das gefräßige Feuermaul mit dürem Reißig. Schön sah sie aus, die Großmutter, wenn der flackernde Feuerschein über ihr Gesicht huschte. Da brannten ihre Wangen so rot und das Haar, das schöne, weiße Haar war selber wie eine Flamme. Es war so heimlich und so warm und die Petroleumlampe hing an drei bröncierten Drähten über den Tisch. Was hinter ihrem Lichte lag, war in ein seltsames Dämmern gehüllt. Wir krochen gern zusammen im Lichtkreis der Lampe, es war wie ein Sich-zurechtfinden der Seele.

Eine knappe Ernte gab die Leinewebererei in diesem Jahre!

Die Eltern sprachen nicht davon, aber wir Kinder wußten es. Der Webstuhl, das große Gespenst des täglichen Lebens, hatte sein Krächzen aufgegeben und nicht einmal die „Hungerwolle“ lag unter seinem Tritt. Es war sauber unterm Web-

stuhl, und das Geschirr hing an tausend Fäden und rührte sich, nicht. Breit und mächtig stand das Ungetüm in der Stube, auf dem Warbaum klebten einige Meter vom bunten Waffeltuch, und so oft Großmutter Bettzeug und Handtücher in ihrem Rückenkorb über das Land brachte, sie kam immer mit all den Schätzen wieder, die sich durchaus nicht in Brot und Fleisch und in ein paar Filzschuhe für den Großvater verwandeln wollten.

Wer hätte gedacht, daß Großmutter in diesem Herbst von uns ging? Gerade in diesen Tagen, da der Mensch näher an den anderen rückte, gerade in dieser Zeit mußte es ihr gefallen, einzukriechen. Am Abend war sie noch mit Stückerware drüben in Rabenstein gewesen — vielleicht wäre sie von diesem Handel gar nicht wiedergekommen, wäre nicht der alte Büschelherm draußen am „Kühlen Morgen“ gewesen. Da war der alte Meilenstein, und ein rotes Kopftuch leuchtete durch den Busch, und ein Korb stand neben der alten Muhme, die den Kopf an den Stamm einer Birke lehnte. Es regnete ohne Barmherzigkeit, und der Herm wunderte sich, daß die Muhme so unausgesetzt nach den Wipfeln schaute. Dann führte er sie durch den Wald heimwärts und lachte: „Hast bißchen geträumt, Berta? Von der Jugend? hahaha.“

Büschelherm brachte uns die Großmutter fürsorglich ins Haus. Dann lag sie auf dem Bett, wir kochten Tee und saßen bei ihr, mit der schmalen, knöchigen Hand griff sie manchmal nach uns Kindern. Die Hand war kalt und feucht. Aber auf ihren Zügen stand ein Lächeln. Nie im Leben werde ich dieses Lächeln vergessen, und den eigentli-

chen Klang ihrer Stimme, als sie zum Vater sagte: „Geh in den Webstuhl und web' ein Stückel Bittel!“

Und zur Mutter sagte sie leise: „Mein altes Spulrad — soll — summen.“ Und die Eltern taten, was die sterbende Muhme von ihnen verlangte. Es war ein altes altes Lied, das jetzt anhub, ein Ächzen und Klappern, daß die morschen Wände dröhnten. Der Schützen fauchte durch die Kette und die Lade, von Vaters Hand geführt, bewegte sich vor und rückwärts. Ganz leise summte das Spulrad, und in Mutters Augen standen Tränen. Ja, es war ein altes Lied, aber in dieser Stunde griff es mit harter Hand ans Herz. Ich sah, wie Vaters Gesicht im Webstuhl bleicher und bleicher wurde, nun war der Stuhl wohl wie eine heimliche Falle, aus der es kein Entrinnen gab. Da rissen die Fäden, aber Vater zog sie nicht ein. Es durfte keinen Stillstand geben. Weben! Bewegung! Und das Spulrad summte, wie Großmutter es wünschte. Indessen das Werkleid den Raum füllte, durfte ich am Bett der Großmutter bleiben. Aber sie schlich sich heimlich aus meiner Obhut. So sehr ich wachte, sie ging davon. Und als Vater leise aus dem Stuhl kroch, war sie schon gestorben — — —

Georg Artur

Schlußstück

Der Tod ist groß.
Wir sind die Seinen
lachenden Munds.
Wenn wir uns mitten im Leben meinen,
wagt er zu weinen
mitten in uns.

R. M. R.

Wirtschaft und Arbeit

Fragwürdige Preispolitik

Verordnungen und wirtschaftliche Tatsachen

Der Fall, daß Verordnungen und Wirklichkeit stark auseinandergeraten, ereignet sich zuweilen. Es entsteht sodann die Lage, daß die Verordnungen von zwingendem Recht und die Praxis von zwingenden Tatsachen ausgeht. Solcher Zustand kann auf die Dauer nicht währen ohne die Rechtssicherheit zu verletzen. Verordnungen und wirtschaftliche Praxis müssen sich so entwickeln, daß sie in eine Übereinstimmung kommen, die das Rechtsgefühl, wie die wirtschaftlichen Notwendigkeiten wahr. Diese Forderung gilt besonders für die Kluff, die zwischen den preisrechtlichen Vorschriften und der praktisch angewandten Preispolitik besteht. Diese Spannung zwischen gesetzlichem Willen und Praxis erklärt sich wie folgt:

Der allgemeine Preisstop beruht für fast alle Wirtschaftszweige auf den Verhältnissen des Jahres 1938. Zu dieser Zeit war Deutschland eine organische Wirtschaftseinheit. Die Versorgung war damals allerdings ebenso normal wie das gut funktionierende Preisgefüge freilich nur dank der diktatorischen und verbrecherischen Maßnahmen und der Aufrüstung, die uns schließlich in die Kriegskatastrophe stürzte. Bedarfsunterdeckung, Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, ein zur Fiktion gewordenen Preissystem und Währungsmiträuen existierten damals so wenig wie Ernährungsschwierigkeiten und Minderung der normalen Leistungsfähigkeit. Die Wirtschaft, voll beschäftigt, verfügte ausreichend über Fachkräfte und arbeitete in Serienerzeugung bei kürzesten Fertigungszeiten und daher billigen Gesteinskosten wirtschaftlich befriedigend. Gefördert wurde dieser günstige Zustand durch weitgehend Typisierung der Erzeugung.

Durch Krieg und Kriegsfolgen sind fast alle Voraussetzungen fort gefallen, welche die Grundlage waren für die Stoppreise, an welchen der Gesetzgeber trotzdem noch festhält. Auf eine sehr geringe Erzeugung an lebensnotwendigen Gütern stößt eine durch den Geldüberhang begünstigte große Nachfrage, ohne daß sie befriedigt werden kann. Diese Tatsache fällt zusammen mit einem Mißtrauen in die Währung und einer durch nichts mehr überbietbaren Steuerflucht. Daraus erklärt sich, daß ein großer Teil der Geschäftstätigkeit unkontrolliert, buchungslos und in preislicher Hinsicht illegal umgeht. Die Form der direkten Mengenkompensation ist hierbei so gängig wie die Kompensation in indirekter Form sowie die Warenbewegung zu Überpreisen ohne Rechnungsstellung und buchmäßige Erfassung dieser Umsätze.

Das Vorgehen der Wirtschaft ist aufzufassen als ein Ausbruch aus dem Korsett des Preisstopps, das als überholt und untragbar angesehen wird. Unterstützung erfährt diese Auffassung durch die hohe Unterbeschäftigung bei Minderleistungen, die bedingt sind durch die Ernährungsfrage. So wird verständlich, daß bei einem großen Teil der Wirtschaft die Gesteinskosten die Stopppreise erheblich übersteigen, so daß deren Einhaltung ruinöse Folgen haben würde.

Der Ausweg aus dem unhaltbaren Zustand

Mehr Düngemittel!

BERLIN — Die Union Rheinische Braunkohlen-Kraftstoff AG in Wesseling stellt jetzt monatlich 30 000 t Ammoniak her, die in den höchsten Farbwerken weiter verarbeitet werden. Damit ist aber nur ein Sechstel der Kapazität der Union ausgeschüttet.

Um die Kaliherzeugung der Westzonen zu steigern, wird das Kaliwerk Sigmundshall-Weser in Bokeloh bei Wunsdorf wieder in Betrieb genommen. Dagegen konnten bisher leider die Ausbaupläne für die Werke Salzdetfurth und Hansa in Empelde bei Hannover noch nicht verwirklicht werden.

In der US-Zone sind im August über 183 000 t Kalihydroxid gefördert worden, aus denen 24 700 t Kalidüngesalz, 6370 t schwefelsaures Kali und 1900 t schwefelsaure Kalimagnesia hergestellt wurden.

Die österreichischen Stickstoffwerke in Linz haben jetzt auf Grund eines Vertrags mit der Militärregierung in München die Lieferung von Kaliammonsalpeter begonnen. Sie werden täglich etwa 1000 t Kunstdünger nach Bayern senden. Insgesamt ist die Lieferung von 100 000 t Stickstoffdünger bis 30. Juni 1948 im Wert von 53,2 Mill. Schilling vereinbart. Die österreichischen Stickstoffwerke erhalten dafür 14 000 t amerikanische Kohle und als Wertausgleich 2,135 Mill. Dollar.

kann nicht erwartet werden durch Beseitigung der staatlichen Preisüberwachung. Diese wird vielmehr benötigt, solange unnormale Marktverhältnisse einer freien Preisbildung entgegen stehen. Notwendig erscheint jedoch eine zeitgemäße Abstimmung des Preisrechts mit den Marktverhältnissen. Diese werden, nach einer Geldneuordnung erheblichen günstigen Wandlungen unterworfen sein. Ein funktionsfähiges Preissystem, das die volkswirtschaftlichen Interessen wahr, wird jedoch erst gewährleistet sein, wenn Angebot und Nachfrage, im Rahmen freien Wettbewerbs, einigermassen Ausgleich gefunden haben. Daher sollten zu gegebener Zeit dem freien Wettbewerb die Tore geöffnet werden. Bis dahin könnte die Abkehr von den leistungsabträglichen individuellen Kostenpreisen und die Erklärung der Höchstpreise zu Festpreisen das Ziel fördern. Dadurch würde auch der Ubelstand beseitigt, wonach das Preisrecht für die gleiche Leistung eine Fülle unterschiedlicher Preise zuläßt, statt einen durchschnittlichen Einheitspreis.

Ernst Keßler, Frankfurt/M

Holz als Reparationsleistung

K. BADEN-BADEN — Um Devisen zu sparen, mußte die französische Regierung die Holzeinfuhr erheblich einschränken, besonders aus den Dollarländern. Da die inländische Erzeugung zur Deckung des dringenden Bedarfs ungenügend ist, wird in Paris Wert auf die Lieferungen der französischen Zone gelegt. Es handelt sich dabei je zur Hälfte um normale Ausfuhr der Zone sowie um Sendungen französischer Firmen, die die in Deutschland durch die französischen Behörden zugewiesenen Holzschläge als Wiedergutmachung für die Abholungen in Frankreich während der deutschen Besatzung auswerteten.

Frankreich benötigt jährlich für seine Papierfabriken mindestens 1,25 Mill. Ster Holz. Die Inlandserzeugung beläuft sich lediglich auf 550 000. Der Fehlbetrag von 700 000 Ster soll von der französischen Zone geliefert werden. Die weniger be-

Teuerungswelle der Weltrohstoffe

Die internationalen Nahrungsmittel- und Rohstoffmärkte wiesen im 3. Vierteljahr überwiegend eine sehr feste Haltung auf. Moodys Index der Preise von Stapelwaren in USA zeigte von Ende Juni bis Ende September 1947 eine Erhöhung von 40,7 auf 430,5 oder 6 1/2 vH. Das Schwerkgewicht der Bewegung lag bis Mitte September bei der Getreidegruppe, wo auch der spekulative Einschlag am größten war und Weizen und Mais auf neue Rekordhöhen kletterten. In der dritten Septemberwoche kam es zu einem stärkeren Rückschlag, da man sich vergegenwärtigte, daß die hilfsbedürftigen Länder gar nicht in der Lage sind, so hohe Getreidepreise zu zahlen, und daß die diesjährige US-Rekordweizenernte von 1,4 Mrd. bushel und die Maisernte von 2,4 Mrd. bushel für die amerikanische Versorgung und die Ausfuhr völlig ausreichen.

Die Vereinigten Staaten befinden sich nach wie vor in der Hochkonjunktur: Beschäftigung, Löhne und Einkommen sowie Erzeugung bewegen sich auf neuen Höhen. Es bestehen zahlreiche Engpässe in Rohstoffen und Industriegütern, die auch durch die Anfang August erfolgte Preiseraufsetzung der Grundstoffe wie Eisen, Stahl, Kohle, Koks und Heizöl bisher nicht behoben werden konnten. Zur Befestigung trug weiter die Versteifung der weltpolitischen Lage, die in zahlreichen Ländern zu beobachtende Vorratswirtschaft, der gesteigerte Zahlungsmittel-Umlauf, die allgemeine Währungsunsicherheit und der durch lange Trockenheit verursachte schlechte Ernteausfall in Europa bei. Für die gegenwärtige Lage ist es bezeichnend, daß man die Furcht vor neuen Preissteigerungen verschiedentlich mit der Furcht vor einer Depression verbindet, die von der Krise in Großbritannien ausgehend auf die Vereinigten Staaten übergreifen könnte ähnlich, wie es 1920/21 der Fall war.

Die Ursachen für den starken Preisauftrieb an den überseeischen Getreidemärkten waren hauptsächlich in der europäischen Misere, in der kleineren amerikanischen Misere und in der durch die Dürre beeinträchtigten kanadischen Weizenernte zu suchen. Europa hat, wie der Vorsitzende der FAO, John Boyd Orr, kürzlich erklärte, eine Unterbilanz von 9 Mill. t Weizen. Die amerikanische Regierung rechnet damit, daß die

deutende Einfuhr von Grubenholz soll ebenfalls in ihrer bisherigen Höhe aufrecht erhalten werden, besonders da die Zone lange Hölzer, die anderweitig augenblicklich nicht zu beschaffen sind, liefern kann. Besonderer Wert wird ferner auf die Einfuhr von Eisenbahnschwellen aus Deutschland gelegt. Frankreich kann dagegen, nach amtlichen Pariser Feststellung, wenigstens vorübergehend, auf deutsche Schnitthölzer verzichten, obwohl sie sich bisher für die Wiederaufbauarbeiten als sehr nützlich erwiesen haben.

Südbadens Arbeitslage nur wenig entspannt

K. BADEN-BADEN — Die Spannung, die in Südbaden zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften besteht, hat sich im September nicht verschärft, weil 687 Kriegsgefangene in Arbeit kommen konnten. Da von den 2092 Ostflüchtlingen aus Dänemark, die in Südbaden ankamen, nur wenige einsatzfähig sind, konnten von ihnen bisher erst 115 männliche und 225 weibliche Arbeitskräfte untergebracht werden. Es bleibt weiter schwierig, besonders den Prioritäts-Betrieben Arbeitskräfte zuzuführen. Die Zahl der offenen Stellen hat für Verkehrs- und Transportarbeiter um über 200, für Metall um über 50 und für Bauarbeiter um 30 zugenommen. Die Eisenbahn meldet einen ungedeckten Bedarf von 1672, die Sägewerke von 723, die Forstämter von 1148 und die übrigen Prioritätsbetriebe der Klasse A von 2263 Kräften.

Am 1. 9. 47 waren 287 614 berufsbuchpflichtige Arbeiter und Angestellte, 81 224 Selbständige, 259 571 mithelfende Personen — einschließlich Hausfrauen — und 14 764 Beamte beschäftigt. Neben 293 390 Männern arbeiteten 349 783 Frauen, also insgesamt 643 173 Arbeitskräfte. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten stieg innerhalb eines Monats um fast 3000.

Glasfenster wandert aus

INNSBRUCK — Der einzige Spezialbetrieb Mitteleuropas, der sich mit der Herstellung von Glasfenstern beschäftigt, die Firma „Glasfensterbau Fuhrmann“ in Zwiesel im Bayerischen Wald beabsichtigt, ihren gesamten Betrieb mit allen Spezialarbeitern nach Kramzach in Tirol zu verlegen. Das Unternehmen genießt in Fachkreisen Weltberuf und gehört einem Österreicher.

Das Tor nach draußen

Deutsche Handelsdelegation nach USA

K. BADEN-BADEN — Noch im Lauf des Oktobers wird sich eine fünfköpfige deutsche Handelsdelegation nach den USA begeben, um dort Ausführungsverträge abzuschließen und weitere Ausfuhrmöglichkeiten zu studieren. Die Delegation vertritt die Offenbacher Lederwarenindustrie (Antonia Herlein), die Textil- und die Porzellanindustrie, sowie die Pforzheimer Schmuckwarenindustrie.

Französische Zone — Schweden-Abkommen

Die französische Zone hat mit Schweden das erste Abkommen und zwar auf 6 Monate geschlossen. Die Zone wird aus Schweden Holzfasermasse, Stahl, Kartoffeln und pharmazeutische Erzeugnisse erhalten. Sie wird nach Schweden Elektromotoren, chirurgische Instrumente, Textilmaschinen, Druckmaschinen und Anilinfarben ausführen.

Die Finanzabkommen, welche zwischen der Doppelzone und Finnland, Norwegen, Schweden, Dänemark und Ungarn geschlossen worden sind, und welche die Errichtung von Konten in diesen Ländern zur Bezahlung des Handelsverkehrs vorsehen, sind von den Militärregierungen jetzt genehmigt worden.

Neues Veredelungsabkommen mit Holland

Zwischen der Doppelzone und Holland wurde ein Vertrag geschlossen, wonach die Niederlande 255 000 t schwedisches und brasilianisches Eisenerz, 100 000 t amerikanische Kohle und 80 000 t Schweröl liefern. Daraus sollen Werke der Doppelzone 102 000 t Stahl und Stahlwaren herstellen. Der Gewinn aus diesem Geschäft für Deutschland soll 4 Mill. Dollar betragen.

Gleichzeitig wird bekannt, daß zwischen der Vereinigten Export-Import-Agentur (Jeia) und den holländischen Staatsbergwerken in Limburg über ein zweites Veredelungsabkommen verhandelt wird, nach welchem die holländische Firma 35 000 t Erz und 11 400 t Heizöl zur Verarbeitung nach Deutschland liefert und dafür von den Mannesmann-Röhrenwerken 15 000 t Muffenrohre erhält. Das erste Veredelungsabkommen dieser Art war vor kurzem über 10 000 t Walzwerkzeugnisse zwischen der Jeia und der holländischen Trust-Kompagnie für Außenhandel abgeschlossen worden.

Ein Abkommen mit Griechenland

Zwischen der Doppelzone und Griechenland ist ein Abkommen zur Wiederherstellung der Handelsbeziehungen geschlossen worden. Bei der Bank von Griechenland wird ein Verrechnungskonto errichtet, über welches der gesamte Zahlungsverkehr zwischen beiden Partnern läuft. Bei den Verhandlungen wurden die Möglichkeiten für die Ausfuhr von Tabak und Trockenfrüchten aus Griechenland, sowie von Maschinenersatzteilen aus der Doppelzone geprüft. Diese Waren hatten schon vor dem Krieg den Hauptanteil am Warenaustausch.

Warenabkommen Belgien—Ostzone

Nach dem Muster des zwischen Belgien und der französischen Zone geschlossenen Abkommens, hat nun auch die Ostzone mit Belgien ein 6-monatiges Abkommen geschlossen und wird nach Belgien Pottasche, Instrumente, Werkzeugmaschinen, Glas, Autos und Schreibmaschinen liefern, während Belgien außer landwirtschaftlichen Erzeugnissen Rohstoffe liefern wird, die in der Ostzone zu Fertigwaren verarbeitet werden sollen. Der Saldo dieser gegenseitigen Lieferungen soll in Dollar bezahlt werden.

Voraussicht im Wohnungsbau

Der Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen und die Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften hielten eine Arbeitswoche in Westerland/Sylt ab, auf der der Landesgeschäftsführer Klubunde-Hamburg ausführte, daß die künftige Bevölkerungsentwicklung in Deutschland ab 1970 eine fallende Tendenz zeigen werde. Tilgungsverträge seien daher auf eine kürzere Zeitspanne einzustellen. Eine allgemeine Senkung des Zins-Niveaus sei zu empfehlen.

Südbadens Ingenieure gründen Verein

K. BADEN-BADEN — Nach einer Mitteilung der „Industrie- und Handelskammer“ hat das Badische Wirtschaftsministerium die Bildung einer Vereinigung der südbadischen Ingenieure genehmigt. Die in Südbaden ansässigen Ingenieure wurden gebeten, ihre Anschrift dem Gründerausschuß zu Händen von Obefingenieur Hans Peter Grube, Wehr/Baden, im Hammer 2 mitzuteilen, damit die vorbereitende Gründungsversammlung einberufen werden kann.

Albert Wallat:

Die Knaben

Zwei Knaben lehnten über der Balkonbrüstung eines Stadtrandhauses. Außer der Gartenkolonie, dem Fluß und dem fernen Gebirgszug mit der Sonne, die sich ihm schnell näherte, war nichts Besonderes zu sehen. Die Knaben schwiegen und schauten.

Jetzt erschien ein Vogelschwarm am Himmel und tummelte sich vor ihren Augen. Die Knaben hoben ein wenig die Köpfe und schauten den Vögeln zu.

Inzwischen erschien ein kleinerer, älterer Herr im Gehrock, mit einem großen schwarzen Hut auf dem Kopf. Er hielt die Hände auf dem Rücken gekreuzt und ging auf dem einzigen Weg durch die Gartenkolonie nach links hinüber. Der eine Knabe hatte ihn bemerkt.

Siehst du den schwarzen Man dort? fragte er. Sein Freund sah von rechts nach links und erwiderte: Ja, das ist der Lehrer von der Realschule. Der hat den Spitznamen Rabe.

Hahaha! lachte der andere, Rabe! Ja du, wie ein Rabe sieht er aus! und dann schrie er laut: Rabe! Rabe!

Pst! Pst! machte sein Freund und hielt ihm den Mund zu. Wenn der dich hört! Dann gibts!

Der hat mich bestimmt gehört und dreht sich gar nicht rum! sagte der Erste wieder und lachte triumphierend.

Die Sonne hatte den Horizont berührt und sich in einen Glutball verwandelt. Alles sah jetzt rot aus, die Knaben hatten genug zu sehen.

Auf einmal sagte der, der vorhin so laut Rabe geschrien hatte: Das ist so rot wie Hasenblut.

Warum? fragte der Freund.

Weil mein Vater gestern einen Hasen geschlachtet hat.

Brrr! machte der Freund. Ich werde niemals einen Hasen schlachten! Hast du ihm zugesehen? Natürlich! Und wenn ich groß bin, hat mein Vater gesagt, darf ich selbst schlachten.

Brrr! machte sein Freund noch einmal. Ich werde niemals schlachten. Hat denn das Häschen nicht geschrien?

Ach was! sagte der andere stolz, das hat nur gezappelt. Mein Vater hat ihm doch erst mit der Hand das Genick kaputtgeschlagen. Weißt du, so! und führte dabei mit der rechten Hand einen Schlag durch die Luft aus. Danach hat er ja gar nichts mehr gespürt!

Sein Freund war unmerklich ein Stück von ihm abgerückt und hatte eine kleine steile Falte auf der Stirn. Plötzlich zeigte er gerade vor ihnen in den Himmel hinauf und rief: Der Abendstern! siehst du den Abendstern!

Ja, sagte der andere, den sehe ich jeden Abend. In dem Augenblick erschien eine Frau hinter den Knaben auf dem Balkon und sagte: Hans, komm zum Abendessen!

Was, schon so spät! rief der Knabe, dessen Vater gestern den Hasen geschlachtet hatte, dann muß ich aber schnell heim! Er gab seinem Freund die Hand und stürzte an der Frau vorbei durch die Balkontür davon.

Vergiß deinen großen Ball morgen nicht! rief der andere hinterher und sprang auf die Frau zu, zog sie an das Balkongeländer und zeigte ihr den Abendstern: Heute flackert er viel stärker als sonst. Mutti, sagte er.

Die Frau sagte Ja und führte den Jungen in die Wohnung.

Oskar Wessel:

Mensch mit Fragezeichen

Wie schnell umfliegt man die Welt? Indem ich die Ziffer der Flugstunden hinschreibe, stimmt sie schon nicht mehr. Morgen bereits wird die Erde kleiner sein. Die letzten Piloten werden sie in der Hand haben wie einen Apfel.

Aber dann lese ich ein paar Worte in der Zeitung: „Verschollen“, „Für tot erklärt“, „Wer weiß etwas?“, „Letzte Nachricht aus X“, „Nachrichten von Kameraden erbittet...“, „Angeblieh gestorben in Y“. Und plötzlich ist die Erde wieder eine rätselhafte Gleichung mit irgendwelchen Unbekannten, eine Spukflur der Fragezeichen. Eine Wölbung von Wüsten. Ein Riesentier.

Unser Dasein schien so sicher; die Karteien verbrieften es, den Meldeschein, Tinte und Stempel. Man wurde geboren und bekam einen Namen, ein Haus, in dem man wohnte, ein Leben, das durch hundert bezifferte Türen lief, und einen letzten Stein, wenn uns der letzte Stein überkommen hätte.

Man mußte ein Polarforscher sein, um noch einmal den weißen Raum zu betreten, in dem ein Menschenleben aufgehen konnte, ohne Antwort zu geben. Und Schiffe fahren aus, die Verschollenen zu suchen; und Wagnisse wurden gewagt, um das beklemmende Fragezeichen der Welt zu schaffen. Es nagte an der Menschheit, daß man aus ihrer Mitte forgehen konnte, ohne Ziel und Sterbestunde gesagt zu haben. Und daß ein Mozart sterben konnte und niemand mehr wußte, wohin er sich gebettet hatte, das geht uns immer noch wie ein Schuldittel nach.

Wenn die Geschichte des Krieges geschrieben wird, so vergeßt nicht, wieviele Fragezeichen er

ausgesät hat. Und was hinter jedem Fragezeichen blieb: die Stille, das Horchen in der Uhr, die Stimme im Wind, der Blick eines Kindes, das über den ewig Unsichtbaren belehrt wird, das Foto, um dessen Erscheinung der kleine Rahmen wie ein Fenster führt, von niemand zu öffnen, die Nacht, in der alle Möglichkeiten durchschossen werden, das Wägen und Erwägen und die Waage, auf der drei Körner Hoffnung mit vier Körnern Zweifel um Gleichgewicht schaukeln.

Ich glaube nicht mehr daran, daß diese Erde ausmachbar ist nach Flugstunde und Funkwelle. Unsere Karten stimmen nicht. Es muß viel unbekanntes Land geben, den Erdteil der Verschollenen, endlose Pfade, Nebelstädte, Sümpfe, Flächen, grau wie der Mond, schwarze Flüsse ohne Brücken, denn das alles gerinnt mir zu Vorstellungen, wenn ein Mensch mit Fragezeichen durch die Karteien geht.

Mensch mit Fragezeichen, ich will keinen Geist und kein Gespenst aus dir machen, aber ich erschrecke über die Entfernung von Mensch zu Mensch! Ich möchte den Rumpf der Welt durchsichtig machen können wie Glas, um sie aufzuheben, um auf hunderten Fragen hunderten Bescheide zu haben. Den Punkt statt des Fragezeichens. Die Erde würde wärmer mit dem Tag. Der Dunst des Ungewissens zöge von den Feldern.

Manchmal, Mensch mit Fragezeichen, sehe ich dich auf einer endlosen Landstraße wandern, von der ich nicht weiß, wohin sie führt. Aber, so fern du bist, sehe ich auch das kleine Lächeln um deinen Mund, denn du hörst die Bäume wehen und der Wind spricht mit den Stimmen der Deinen, denn du spürst ja diese arme und letzte Zärtlichkeit, mit der wir über allen Raum hinweg nach deiner Hand greifen: daß wir fragen. — Daß wir nicht aufgehört haben zu fragen.